

go und andere Belastungen zu durchkreuzen. Soweit Handelsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten bestehen, sind sie nur gegen Bonn und auf Druck auch der westdeutschen Kaufleute zustande gekommen, die am Ost-Westgeschäft einfach ökonomisch als Händler interessiert sind.

Stattdessen wurde mit Billigung und Unterstützung der westdeutschen Regierungsstellen und unter Ausnutzung des nicht ökonomisch begründeten, sondern nur politisch gesteuerten Schwindelkurses - der mit der erstrebten valutamäßigen Abwertung unserer Führung eine politische Abwertung unserer Republik erbringen sollte - der i l l e g a l e

H a n d e l zum Zwecke des Ausverkaufs und der Ausplünderung unserer Republik im Massenumfang betrieben und entfaltet.

So entstand unter den Bedingungen der offenen Grenze ein ganzes System illegaler "Handelsbeziehungen mit Aufkäufern bzw. Zuträgern in der DDR und vielen Stützpunkten und Umschlagpunkten, besonders in Westberlin, und Absatzstellen in Westdeutschland, im westlichen Ausland, ja in Übersee bis Australien. Dabei verdienten Dutzende von Spekulanten auf Kosten unserer Bürger märchenhafte Summen. Die seinerzeit gegen diese vom westlichen Imperialismus organisierte ökonomische Ausplünderung erlassenen Strafbestimmungen, wie das Gesetz zum Schutze des innerdeutschen Handels vom 21. 4. 1950, waren wichtige und scharfe Waffen gegen diese Machenschaften, konnten das Problem jedoch nicht dauerhaft und wirksam lösen. Erst die Maßnahmen vom 13. 8. 1961 zur Sicherung unserer Staatsgrenzen machten diesem Ausverkauf, dieser ökonomischen Unterminierung unserer Republik, ein Ende.

Dennoch wird natürlich von Westdeutschland bzw. Westberlin aus auch heute noch versucht, namentlich unter Einschaltung von Ausländern, die freien Zutritt zum demokratischen Berlin haben, die Spekulation fortzusetzen. Durch das Z o l l g e s e t z , das das Handelsschutzgesetz und andere